
7601/J XXV. GP

Eingelangt am 12.01.2016

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Andreas F. Karlsböck und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

betreffend Integrationsmaßnahmen für studierwillige Asylwerber

Als die FPÖ angesichts überfüllter Hörsäle und mangelnder Studienplatzfinanzierung die Initiative der Universität Klagenfurt, Asylanten ein außerordentliches Studium mit privilegiertem Zugang zu ermöglichen, als falsches Signal wertete, ging ein Aufschrei der Empörung durch die Medien. Der mittlerweile abgelöste Vorsitzende der Universitätenkonferenz, Heinrich Schmidinger, verstieg sich sogar zur Aussage, der FPÖ sei *„offenbar jedes Mittel recht und keine Frage zu dumm, um aus dem Asylthema politischen Gewinn zu ziehen und dieses für die eigenen Zwecke zu missbrauchen“* und sprach in diesem Zusammenhang von *„Niedertracht“* („Die Presse“ vom 07.10.2015).

Abseits „politisch korrekter“ Beschönigungsversuche und utopischen Wunschdenkens scheint langsam Ernüchterung in den akademischen Alltag einzukehren. Sogar Persönlichkeiten, die nicht im Verdacht stehen, der freiheitlichen Linie folgen zu wollen, räumen ein, dass die Flüchtlinge nicht den erhofften – von wem eigentlich? – Bildungs- und Qualifikationsgrad aufweisen: *„Die Qualifikationen und Ausbildungsgrade sind deutlich niedriger als erwartet“, sagte Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) am Dienstag beim Regierungsfoyer. Österreichweite Zahlen belegen demnach, dass jeder zweite Syrer nur einen Pflichtschulabschluss vorzuweisen habe, die Akademikerquote liege etwa bei zehn Prozent.*“ (<http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2747636>)

Abgesehen von der meist fehlenden Eignung am Arbeitsmarkt, liegt durch den mangelnden Bildungsgrad der Asylwerber auch deren Hochschulreife nicht vor, ohne die wiederum ein Studium wenig sinnvoll scheint, zumal die Studierwilligen nur überfordert würden. Stellt man die ohnehin knapp bemessenen Studienplätze für heimische Studierende mit in Rechnung, ist es geradezu verantwortungslos, den Studienzugang für Asylwerber generell und ohne umfassende Begleitmaßnahmen zu erleichtern.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft folgende

Anfrage

1. Ist Ihnen bekannt, dass die Qualifikationen und Ausbildungsgrade der nach Österreich strömenden Asylwerber – und damit der potentiellen außerordentlichen Hörer an heimischen Universitäten – deutlich niedriger als erwartet ausfallen?
2. Wenn ja, werden Sie trotz de facto fehlender Hochschulreife den privilegierten Studienzugang für diese Gruppe weiterhin befürworten und wie rechtfertigen Sie dies angesichts der ohnehin angespannten Studienplatzsituation für heimische Studierende und laufender Engpässe im Wissenschaftsbudget?
3. Sehen Sie begleitende Integrationsmaßnahmen vor, um Asylwerber mit mangelnder Qualifikation an die Hochschulreife heranzuführen?
Wenn ja, welche, ab wann und wie viel kosten diese?
4. Werden Sie spezielle Deutschkurse für ausländische Hörer anbieten, die auch die psychosoziale Befindlichkeit der Asylwerber berücksichtigen?
Wenn ja, ab wann, in welchem Umfang und wie hoch werden diese budgetiert?
Wenn nein, warum nicht?
5. Werden Sie die Nostrifikationspraxis für ordentliche Hörer an das aktuelle Profil der Asylwerber anpassen?
Wenn ja, wie und welche Kosten sind damit verbunden?
Wenn nein, warum nicht?
6. Welche zusätzlichen Ressourcen werden an den Universitäten durch die umfassenden pädagogischen und didaktischen Integrationsmaßnahmen gebunden, in absoluten Zahlen und relativ zum Gesamtbudget für Forschung und Lehre?
7. Wie gestaltet sich die Wohnsituation von studierwilligen Flüchtlingen bzw. besteht hier besonderer Handlungsbedarf im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Universität(en)?
Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie setzen, um Hürden zu beseitigen und die Situation zu entspannen, und wie viel kosten diese?
Wenn nein, warum nicht?